

Interview

Einwegpfand versus Kreislaufwirtschaft

Wirtschaft und Klimaschutzministerium haben unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich der Erfüllung der Kunststoffrecyclingquoten – was sagt die Wirtschaft? Drei ausgewiesene Experten reden Klartext.

ÖKO+: Ist die Einführung eines Einwegpfandsystems in Österreich aus Ihrer Sicht sinnvoll?

Christoph Scharff, ARA: Nein. Wir müssen das Recycling von Kunststoffverpackungen bis 2030 um 90.000 Tonnen steigern. PET-Getränkeflaschen tragen weniger als 10 Prozent dazu bei. Der Nutzen steht in keinerlei Verhältnis zum Aufwand für ein separates Einwegpfandsystem.

Jürgen Wahl, GUT: Nein, denn wir verfügen über bestens funktionierende Abfallsammel- und -verwertungssysteme, die schon jetzt fast alle zukünftigen EU-Recyclingziele für 2025 erreichen.

Hans Roth, Saubermacher: Das ist derzeit nicht notwendig! Weil das Ziel der Europäischen Union durch eine Erweiterung der flächendeckenden Sammlung und andere Aktivitäten erreicht werden kann.

Was gefällt Ihnen am aktuellen Vorschlag des Umweltministeriums und was nicht? Was wäre zielführend?

Scharff: Kreislaufwirtschaft ist mehr als EU-Richtlinien transponieren. Zielführend wäre ein ganzheitliches Modell für alle 300.000 Tonnen Kunststoffverpackungen aus Betrieben, Haushalten und dem Außer-Haus-Konsum, das auf dem erreichten hohen Niveau aufbaut, maximale Convenience bietet und Anreize für Innovation und Ressourceneffizienz schafft.

Wahl: Die Betonung der Kreislaufwirtschaft ist sehr positiv. Pfandsysteme und verpflichtende Mehrwegquoten sind überholte und sehr teure Ansätze. Es braucht Systemoptimierungen und digitale Lösungen, die über Aufklärung und Komfort zu Verhaltensänderungen beim Konsumenten und zur Zielerreichung führen.

Roth: Mir gefällt vor allem, dass das Bewusstsein für den schonenden Umgang mit den Ressourcen bei allen Beteiligten in der Wertschöpfungskette gesteigert wird. Wir setzen auf den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und wollen den gemeinsamen, erfolgreichen Weg der Hol-Sammlung weitergehen. Wir haben in der Steiermark schon 84 Prozent Sammelquote – mit Aufklärung, Motivation und „Waste Intelligence“ schaffen wir die fehlenden 6 Prozent sehr einfach und benötigen daher keine neuen Lösungen mit Pfand und Sammelautomaten.

Was ist Ihnen bei dieser Diskussion persönlich besonders wichtig?

Scharff: In der Produzentenverantwortung setzt die Politik der Wirtschaft Ziele, überlässt den Unternehmen aber den Weg, weil diese auch das Erfolgsrisiko und die Kosten zu tragen haben. Wer darüber hinaus Symbole möchte, möge sie auch selber finanzieren.

Wahl: In Krisenzeiten ist eine Folgekostenabschätzung der zu setzenden Maßnahmen unter Nutzung der bewährten Strukturen für die Zielerreichung bis 2030 notwendiger denn je.

Roth: Entscheidend für die Erreichung des Ziels ist nicht nur das Flaschenpfand, sondern dass Verpackungen so hergestellt werden, dass sie auch recycelt werden können. Es braucht eine Verpflichtung, dass zu 50 Prozent Recyclinggranulat statt Neuware eingesetzt wird. Weiters darf das Littering – nicht nur von Dosen und Flaschen, sondern auch von vielen anderen Produkten wie Zigarettenstummeln – kein Kavaliersdelikt sein und die Nichteinhaltung soll auch geahndet werden. ●

Kommerzialrat Hans Roth, Aufsichtsratsvorsitzender der Saubermacher Dienstleistungs AG

Hon.-Prof. Dr. Christoph Scharff, Vorstand der ARA AG

DI Jürgen Wahl,

Geschäftsführer der Gut GmbH Abfallwirtschaft

Mehrwegquoten als Zwangsbeglückung

Mehrwegquoten sind neben Pfand und Plastikabgabe Teil des „Gewessler-Plans“ – der Handel ist hauptbetroffen, zeigt Christoph Tamandl von der Bundessparte Handel auf.

ÖKO+: Die Forderung nach Mehrwegquoten für Getränkeverpackungen kehrt periodisch wieder, was würden solche Quoten für den Handel bedeuten?

Christoph Tamandl: Der Handel bietet schon heute eine breite Palette an Mehrweglösungen an. Die Nachfrage der Konsumenten lässt sich aber nicht mit der gesetzlichen Brechstange erzwingen. Der aktuelle Vorschlag wäre praktisch nicht umsetzbar und würde den Handel mit Zusatzbelastungen in Millionenhöhe bedrohen.

Was ist für den Handel neu oder innovativ am „Gewessler-Plan“?

Tamandl: Als Handel setzen wir uns für die ökologisch und ökonomisch beste Lösung ein, um die ambitionierten EU-Ziele zu erreichen. Leider enthält der Drei-Punkte-Plan mit Steuern, Quoten und Pfand wenig Innovatives. Daher hat die WKÖ einen ganzheitlichen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, um die Kreislaufwirtschaft österreichweit alltagstauglich zu machen.

Wie würde sich der Plan auf die Konsumenten auswirken?

Tamandl: Der Gewessler-Plan würde die betroffenen Produkte verteuern und die Angebotsvielfalt reduzieren. Ein Einwegpfand hätte eine massive Reduktion der Rückgabepunkte für Konsumenten im Vergleich zur Wertstofftonne zur Folge, was gerade im Freizeitbereich oft zu einer unsachgemäßen Entsorgung über den Restmüll führen würde.

Was tut der Handel, damit Konsumenten, die sich Mehrwegverpackungen wünschen, sie auch bekommen?

Tamandl: Lebensmittelhändler entwickeln ihr Mehrweg-Portfolio entsprechend den Wünschen der Konsumenten kontinuierlich weiter. Im Geschäft werden Mehrwegprodukte gut positioniert und in der Werbung deutlich gekennzeichnet.

Was würde die Einführung eines Einwegpfands für den Handel bedeuten?

Tamandl: Ein Einwegpfand wäre gerade für kleine Lebensmittelhändler mit enormen finanziellen und logistischen Belastungen verbunden, die oft existenzbedrohlich wären. Dies hätte auch negative Auswirkungen auf die Nahversorgung, insbesondere im ländlichen Raum. ●

Mag. Christoph Tamandl MBA, Geschäftsführer des Bundesgremiums des Versand-, Internet- und allgemeinen Handels in der WKÖ

Kunststoffabgabe – ja oder nein?

ÖKO+: 142 Millionen Euro pro Jahr könnte laut Finanzministerium der Österreich-Beitrag auf Basis des im Volksmund als „Plastikabgabe“ bezeichneten EU-Beitragsteils ausmachen. Was spricht dagegen, diesen Beitrag einfach auf die Inverkehrbringer umzulegen, wie sich das Klimaschutzministerin Gewessler wünscht?

Sylvia Hofinger: Die betroffenen Firmen zahlen bereits jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag an Lizenzentgelten für Verpackungen an die Sammel- und Verwertungssysteme, die Tarife zählen im EU-Vergleich zu den höchsten. Unsere Unternehmen arbeiten mit hohem Engagement daran, die EU-Vorgabe der stofflichen Verwertung von Kunststoffverpackungen bis 2025 auf 50 Prozent zu steigern. Es braucht also keine neue Steuer, die zudem keinen Lenkungseffekt hat.

Wer wäre besonders von einer derartigen „Umlage“ betroffen?

Hofinger: Wir sehen nur Verlierer bei dieser EU-Geldbeschaffungsmaßnahme: Letztendlich werden für Kunden Produkte teurer, alternative Materialien mit einer schlechteren Ökobilanz, gerade beim CO₂-Ausstoß, werden bevorzugt, auch Littering wird damit nicht verhindert.

Was kann Kunststoff zum Klimaschutz beitragen?

Hofinger: Kunststoffe spielen in vielen Bereichen des Klimaschutzes eine entscheidende Rolle. Erneuerbare Energien, E-Mobilität und Energieeffizienz bei Dämmung und im Verkehr, so wie wir sie kennen, gäbe es ohne Kunststoffe gar nicht. Bei Lebensmitteln schützen Kunststoffverpackungen die Produkte, verlängern deren Haltbarkeit und helfen so Abfälle und damit klimaschädliche Treibhausgase zu vermeiden.

An welchen Stellschrauben gilt es noch zu drehen, um Kunststoffrecycling weiter voranzutreiben?

Hofinger: Der Ausbau der Sammel- und Sortiersysteme ist entscheidend, um ausreichend Rezyklate für die Produktion zur Verfügung zu stellen. Außerdem brauchen wir eine EU-weite Anerkennung von Kunststoffrecycling als Dekarbonisierungsmaßnahme sowie die rechtliche Gleichstellung von chemischem Recycling. ●

Mag. Sylvia Hofinger, Geschäftsführerin des Fachverbandes der Chemischen Industrie (FCIO) in der WKÖ